№. 95. Inowraclaw, Montag, den 3. Dezember 1866

Kujawisches Wochenblatt.

Organ für die Kreise Inowraclaw, Mogilno und Gnesen.

Erscheint Montags und Donnerstags. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Hiesige 11 Sgr. durch alle Kgl. Postanstalten 12½ Sgr.

Fünfter Jahrgang.
Verantwortlicher Redakteur: Hermann Engel in Inowraclaw.

Insertionsgebühren für die dreigespaltene Korpuszeile oder deren Raum 1¼ Sgr. Expedition: Geschäftslokal Friedrichsstraße Nr. 7.

Den ersten Schritt,

welchen Hr. v. Beust nach seiner Ernennung zum österreichischen Minister in Bezug auf Preußen gethan hat, war das Verlangen, den durch den Krieg gelösten Zoll- und Handelsvertrag, welcher nur noch interimistisch fortbesteht, zu erneuern. Die preußische Regierung hat, wie jetzt mitgetheilt wird, auf diesen Wunsch geantwortet, daß sie bereit sei, die Unterhandlungen darüber zu eröffnen, sobald die Vorarbeiten dazu in dem Fach-Ministerium vollendet seien. Wir haben also neue Verhandlungen über diesen Gegenstand zu erwarten, und wollen nicht versäumen, den Handelsstand schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, damit er seinen Wünschen in dieser Beziehung Ausdruck rechtzeitig gebe. Es könnten sonst wieder, wie dies vor einem Jahre der Fall war, Klagen kommen, wenn es zu spät ist. Im Interesse aller Theile wünschen wir natürlich, daß in dem neuen Vertrage dem Prinzip der Handelsfreiheit in möglichst großer Ausdehnung Rechnung getragen werde. Vor Allem aber halten wir es für unsere Pflicht, unsere Bedenken gegen zwei Punkte des alten Vertrages, welche wir schon bei dem Abschluß des Vertrages bekämpft haben, von Neuem auszusprechen. Der eine der Punkte wird hoffentlich von der Regierung sogleich abgewiesen werden, das ist die Verpflichtung zur Aufnahme künstlicher Verhandlungen über eine Zollvereinigung zwischen dem Zollverein und Oesterreich d. h. über die Herstellung eines Deutschland und Oesterreich umfassenden einheitlichen Zollgebietes. Davon kann doch gar keine Rede mehr sein. Der zweite Punkt des alten Vertrages, dessen Fortfall wir dringend wünschen, erregt uns schon mehr Besorgniß, weil er sich auch in einem Handelsvertrag mit Rußland findet. Das ist das sogenannte Zollkartell. Durch dasselbe erhalten einerseits die österreichischen Beamten das Recht, in preußischen Orten sich zu benehmen, als ob sie preußische Behörden wären, und dann wird dadurch unseren Beamten die Pflicht auferlegt, den preußischen Handel zu Gunsten der hohen österreichischen Grenzzölle zu überwachen. Wir sind weit davon entfernt, von unseren Grenz-Beamten zu verlangen, daß sie den Schmuggel nach Oesterreich begünstigen sollten, aber daß sie dafür sorgen sollen, die hohen österreichischen Zölle ausführbar zu machen, und zwar auf Kosten preuß. Staatsbürger, die sich zu diesem Zwecke in ihrer freien Bewegung und ihrem Geschäftsbetrieb hindern sollen, das scheint uns doch in Wahrheit ein etwas zu starker Anspruch an die Freundschaft **Preußens** für Oesterreich.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus. [32. Sitzung vom 27 November. (Schluß).

Zu dem Capitel VI. **Rentenbanken** und VII. **Depositenkasse** für den Bezirk des Appellationsgerichtshofes zu Cöln nimmt der Regierungs-Commissar Mölle das Wort, um diese beiden Capitel kurz zu befürworten, sie werden ohne Diskussion genehmigt. Zu dem Capitel VIII. **Allgemeine Fonds** hat der Abg. v. Bonin den Antrag gestellt, die Berathung und die Beschlußfassung auszusetzen bis nach erfolgter Berathung und Beschlußfassung über sämmtliche übrige Positionen der Ausgabe für alle Verwaltungen. Nach einigen Bemerkungen schreitet das Haus zur Abstimmung. Bei derselben ergiebt sich, daß 143 gegen 139 Stimmen für die Annahme des Bockum-Dolffs'schen Antrages gestimmt haben. Abg. Prinz Hohenlohe beantragt namentliche Abstimmung. Bei derselben stimmten mit „Ja" 142 mit „Nein" 141. Der Antrag ist somit mit einer Stimme Majorität angenommen. Finanz-Minister v. d. Heydt wünscht, das nun noch über die Regierungs-Vorlage abgestimmt werde. Der Präsident erwidert, daß diese durch seine Fragestellung und durch Annahme des Antrages des Abg. v. Bockum-Dolffs erledigt sei. Dann wird die Sitzung um 4 Uhr 10 Min. auf Mittwoch vertagt.

[33. Sitzung vom 28. November.] Eröffnung 10 Uhr 25 Minuten. Am Ministertische: v. Selchow, Graf Eulenburg, Graf Itzenplitz und Regierungscommissar Geheimer Finanz-Rath Mölle. Es wird sofort in die Tagesordnung in die Fortsetzung der Berathung des Budgets eingetreten. Der letzte Titel des Abschnitt VIII. des Etats des Finanz-Ministeriums (allgemeine Fonds) weist zu Gehaltsverbesserungen die Summe von 1,030,200 Thlr. nach; 980,000 Thlr. sind dabei für Unterbeamte und 50,200 Thlr. für höhere Beamten-Kategorien bestimmt.

Der Regierungs-Kommissar Geh. Rath Mölle giebt zunächst einen historischen Rückblick über die stattgehabten Vorverhandlungen Seitens des Landtages über die Nothwendigkeit der Gehaltsverbesserungen und giebt sodann einen Ueberblick über die beabsichtigte Gehaltsverbesserung der einzelnen Beamten-Kategorien. Die sämmtlichen Beamten im preußisch. Staate sollen die Gehaltsverbesserungen vom 1. April kommenden Jahres beziehen. — Abg. Duncker: Es ist an sich anzuerkennen, daß die Motivirung der Regierung richtig ist, aber ich glaube, man darf nicht an eine Verbesserung der Gehälter der höchsten Beamten gehen, wenn das Gebäude harmonisch ausgebaut ist, und jetzt sind noch immer die schreiendsten Gegensätze vorhanden, namentlich zwischen den Verwaltungs- und den richterlichen Beamten. So erhält z. B. ein Kreisgerichtsdirektor dasselbe Gehalt wie ein Ministerial-Sekretär. Nach dem vorgelegten Plane sollen die Gehälter der Regierungspräsidenten und Vicepräsidenten erhöht werden, während die Appellations-Chef-Präsidenten und Vice-Präsidenten zurückbleiben. (Hört! Hört!) Es stellt sich also ein schreiendes Mißverhältniß zwischen den einzelnen Beamtenkategorien heraus. So z. B. hat der Polizei-Präsident von Berlin nur ein Gehalt von 3000 Thlr. und ist nicht zur Verbesserung vorgeschlagen. — Der Duncker'sche Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 156 gegen 137 Stimmen angenommen.

Es folgt der Etat des Handels-Ministeriums. Bei Tit. V. Nr. 1. (Regierungs- und Bauräthe) richtet Abg. Schmidt (Randow) an den Handelsminister die Frage, ob, wie für den Rhein und die Elbe, auch für die Oder und Weichsel die Stelle eines Baudirektors etablirt werden würde. Der Regierungs-Commissar Maklean erwiedert, daß in Betreff der Oder wesentliche Bedenken, vor Allem die große Ausdehnung der Wasserstraße entgegenstehe. Eine einheitliche Leitung wurde vom Ministerium aus besorgt. Graf Bethusy-Huc nimmt hierbei Veranlassung, seinen zu Titel 14 gestellten Antrag durch den Präsidenten zur Debatte stellen zu lassen, welcher darauf hingeht, zu beschließen, die Kgl. Staats-Regierung aufzufordern, dem nächsten Landtage einen Plan zur Regulirung der Oder, nebst Kosten und Anschlag vorzulegen und die nach demselben auf das Jahr 1868 fallende Kostenquote in dem Etat für dieses Jahr auszubringen. Der Antragsteller befürwortet diesen Antrag. Abg. Schmidt (Randow) spricht nicht nur für Regulirung der Oder, sondern über Stromregulirung und Canalisirung überhaupt, welche für den Handel und Verkehr von größter Wichtigkeit seien. Abg. v. Vincke (Hagen) spricht die Hoffnung aus, die Regierung werde nach allen Seiten hin den Anforderungen gerecht werden. Handelsminister Graf Itzenplitz: Der Nord-Ostsee-Canal ist vollständig vermessen und veranschlagt, und wird begonnen werden, sobald die Mittel hierzu vorhanden sind. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen. — Es folgt eine persönliche Bemerkung des Abg. Jung. Abg. Kantak richtet an den Minister die Bitte, eine gründliche Regulirung der Weichsel und Warthe zu veranlassen. Der Minister erwidert, daß er die Sache einer gründlichen Untersuchung unterwerfen werde. — Abg. Lette spricht in derselben Sache, ist aber wegen der Unruhe des Hauses unverständlich. — Abg. Harkort spricht einige Wünsche für Regulirung des Niederrhein und der Ruhr aus. — Handelsminister: Man kann nicht Alles mit einem Male thun; mit der Zeit werde ich auch zu den Hafenbauten in Leda kommen. Die Ruhrschifffahrt wird

schon seit Jahren gepflegt und wird auch ferner gepflegt werden. — Abg. Hauschteck regt eine Besserung des Seeweges bei Stralsund an.

Die folgenden Positionen werden genehmigt. Bei der Position für das Gewerbe-Institut nimmt der Abg. Gärtner das Wort, um eine möglichste Ausdehnung dieses Instituts, sowie der Berg-Academie zu befürworten. — Der Minister verspricht dies soweit als thunlich in Erwägung zu ziehen. — Dann werden die übrigen Titel des Etats des Handelsministeriums genehmigt und die Sitzung um 3 Uhr 40 Min. auf Freitag vertagt.

[34. Sitzung vom 30. November.] Eröffnung: 10 Uhr 25 Min. Am Ministertische v. d. Heydt, Graf zu Lippe, v. Selchow und Regierungs-Commissarien, Geh. Finanzrath Mölle und Geh. Justizrath Sydow.

(Die Tribünen sind ziemlich besetzt.)

Abg. v. Selle zeigt dem Hause mittelst Schreibens an, daß er als Direktor an das Kreisgericht zu Potsdam versetzt, und daß mit dieser Stelle eine Gehaltserhöhung verbunden sei. Es sei nicht zweifelhaft, daß sein Mandat hierdurch mit dem 1. Januar k. J., wo er das Amt antrete, erloschen sei, stelle aber der Entscheidung des Hauses anheim, ob er sein Mandat etwa schon früher niederzulegen habe. Das Schreiben geht an die Geschäftsordnungs-Commission.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten überreicht die Friedensverträge mit Sachsen, Hessen, Sachsen-Meiningen rc. — Die Verträge werden gedruckt werden.

Vor der Tagesordnung werden verschiedene Schreiben verlesen.

Auf der Tagesordnung steht die Vorberathung des Justiz-Etats. Derselbe weist eine Einnahme von 10,872,900 Thlr. nach, eine Ausgabe von 12,185,900 Thlr, und eine einmalige außerordentliche Ausgabe von 450,000 Thlr.

Den einleitenden Vortrag hält der Regierungs-Commissar Geh. Rath Sydow. Derselbe theilt mit, daß die Einnahme dieses Etats, wegen des bevorstehenden Wegfalles des Gerichtskosten-Zuschlages um 300,000 Thlr. geringer habe veranschlagt werden müssen und daß die Summe, welche zu Gehaltsverbesserungen verwendet werden solle, sich auf 80,950 Thlr. belaufe.

Ab. Dr. Lasker: Die deutsche Einheit würde außerordentlich gefördert werden, wenn wir in der Lage wären, unsere Gesezbücher als Muster der übrigen Staaten anzubieten. Der Redner erörtert die einzelnen Gesetze und deren Nachtheile, spricht über die Nothwendigkeit des Erlassens einer neuen Hypotheken-Ordnung, einer Prozeß-Ordnung u. dergl. Graf zur Lippe hat einen Staatsanwalt zur Ausarbeitung einer neuen Prozeß-Ordnung berufen, hat sich selbst an der Arbeit betheiligt und da ist denn ein Werk zu Tage gefördert, welches einfach von der Wissenschaft todt geschwiegen worden ist. Diese Nachtheile aber werden noch überboten, durch die Organisation der Gerichte. (Ruf rechts: Zur Sache!)

Präsident: Es ist eine alte Sitte des Hauses, daß bei Gelegenheit der Etats-Berathung auch auf die Mängel der Verwaltung näher eingegangen werden könne. Ich kann also den Redner nicht auffordern zur Sache zu sprechen. (Beifall.)

Abg. Lasker fährt fort: Die zweite Thätigkeit des Grafen zur Lippe war die Preß-Ordnung, die dritte, die Auflegung der Stellvertretungskosten für diejenigen Abgeordneten, welche Beamten sind. — Wie mir mitgetheilt worden, hat man im Handelsministerium den Verkauf der Eisenbahnen ohne Genehmigung der Landesvertretung nicht für zulässig erachtet und es ist gerade der Graf zur Lippe gewesen, dessen Gutachten das Ministerium zu diesem Schritte veranlaßt hat. Der Dichter sagt: es wächst der Mensch mit seinen größeren Zwecken. (Heiterkeit.) Ich möchte hier den Wunsch aussprechen, daß dafür gesorgt werden möge, daß bald ein Mann an den Platz des Grafen zur Lippe komme, der seiner Aufgabe gewachsen ist. (Lebhafter Beifall.) Es giebt auch einen Patriotismus der Selbsterkenntniß und Entsagung. (Lange anhaltender Beifall links.)

Justizminister Graf zur Lippe: Solche Persönlichkeiten werden nicht dazu beitragen, das Verhältniß zwischen der Staatsregierung und der Landesvertretung zu fördern. (Heiterkeit.) Die neue Civil-Prozeßordnung soll dem norddeutschen Parlament vorgelegt werden, dadurch war ich verhindert, sie jetzt dem Hause vorzulegen. Der Redner ist eingegangen auf meine Thätigkeit im Staatsministerium. Es ist sehr schlimm, wenn ein Mitglied eines Collegiums wegen seiner Abstimmung gewissermaßen öffentlich vor Gericht gestellt wird. (Sehr richtig.) Es ist dies ein Disziplinar-Verfahren, wie es gegen die Richter nicht ausgeübt wird. (Sehr richtig.) Es ist sehr leicht, ein hartes Urtheil zu fällen, (Ja wohl!) es ist aber sehr schwer, sich gegen ein solches Urtheil zu vertheidigen, welches auf möglicherweise falschen Thatsachen beruht. Es ist die Aufgabe der Regierung, mit der Landesvertretung zusammen zum Wohle des Vaterlandes zu wirken. Lassen Sie persönliche Angriffe, wie sie namentlich am Schlusse der eben gehörten Rede vernommen wurden, nicht zum Ausdruck der ganzen Versammlung werden. (Beifall rechts.)

Abg. v. Flottwell (zur Geschäfts-Ordnung.) Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, nicht die alte Sitte wieder aufkommen zu lassen, welche zur Zeit des traurigen Conflikteß galt, daß Alles, was ein Redner auf dem Herzen hat, zu Tage gefördert wird. (Lebhafter Beifall rechts.) — Abg. Dr. Waldeck: Der Herr Justizminister hat die Angriffe des Abg. Lasker, den Verkauf der Cöln-Mindener Eisenbahn rc. unter Berufung auf die kollegialische Entstehung jener Beschlüsse zurückgewiesen. Es ist doch ganz natürlich, daß in solchen Rechtsfragen gerade das Votum des Justizministers das rechtliche Gewissen des Ministeriums sein soll, und daß wir dies vor unser Forum ziehen. Redner hebt die bedeutenden Kosten der höhern Instanzen, die Verlängerung der Haft in Haftsachen hervor. Sind diese Uebelstände beseitigt, wird der Staatsanwalt die Stelle einnehmen, welche er einnehmen soll; er wird aufhören, ein Mann der Verfolgung und ein Mann der Regierung zu sein. Die Würde des Richteramtes darf nicht verloren gehen. Dies wird alles nur durch die Herstellung der Geschworenengerichte in politischen Prozessen erreicht werden. Sorgen wir dafür, daß wir nicht vor der hannoverschen und hessischen Justiz erröthen müssen. Es wird uns und dem Lande zu großer Beruhigung dienen, wenn die Regierung die Erklärung abgeben wollte, daß sie die Reorganisation unseres Justizwesens vorbereitet und namentlich dabei die Unabhängigkeit des Richterstandes wahren will. Ein Antrag auf Schluß wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Bei der Spezialdiskussion wird der Antrag Virchow wegen Aussetzung der Berathung der Gerichtskosten bis nach Erledigung des vorliegenden Gesetzes abgelehnt.

Bei den Ausgaben ergreift der Abg. Twesten das Wort, um die Einstellung von Hülfsrichtern als verfassungswidrig zu bezeichnen. Er nehme Abstand davon, einen Antrag zu stellen, um die Richterstellen nicht noch mehr zu vermehren.

Der Justizminister erklärt, daß seit 1863 keine ständigen Hülfsrichter beim Obertribunal mehr angestellt sind. Diese Position und die folgenden werden genehmigt.

Die Position Kreisgerichtsdirektoren giebt dem Abg. Bassenge Veranlassung, die Art des Verfahrens bei der Bewilligung von Lokalzulage anzuregen. Es sei unrecht, hierbei nur auf das Bevölkerungsverhältniß Rücksicht zu nehmen. Auch das Gehalt der Kreisgerichtsdirektoren ist zu niedrig bemessen und falsch normirt. — Regierungs-Commissar Geheimrath Sydow: Eine Abänderung ist sehr schwierig, man wird es nie Allen recht machen können. (Der Minister des Innern ist in das Haus getreten.)

Abg. Bassenge erwähnt eines Reskripts des Justizministers, junge Juristen aus der Provinz Posen nach andere Provinzen zu versetzen und fragt, ob dasselbe noch bestehe. — Justizminister Graf zur Lippe: Die Maßregel war temporär und ich behalte mir vor, sie zu ändern. — Abg. Kantak kommt auf seine Interpellation vom Jahre 1865 über denselben Gegenstand zurück.

Zu Tit. 16 Gerichte erster Instanz vertheidigt Abg. Bassenge seinen Antrag, während Regierungs-Commissar Sydow die Regierungsvorlage vertheidigt. — Nachdem der Abg. Rohden noch dagegen gesprochen, wird der Antrag des Abg. Bassenge angenommen.

Um 4 Uhr wird ein Vertagungsantrag angenommen, worauf der Präsident die Sitzung auf Sonnabend 10 Uhr anberaumt.

[35. Sitzung vom 1. Dezember.] Eröffnung: 10 Uhr 20 Min. Am Ministertische: Graf zur Lippe, v. Selchow und mehrere Regierungs-Commissarien.

Geschäftliche Mittheilungen ohne Bedeutung eröffnen die Sitzung und erledigt das Haus hierauf ohne weitere Diskussion die letzten Titel des Justiz-Etats.

Es folgt die Vorberathung des Etats des Ministeriums des Innern. Die Einnahmen dieses Etats schließen ab, mit einer Gesammtsumme von 703,318 Thlr. gegen 1866 mehr 16,145 Thlr.

Deutschland.

Berlin. Wie man der „Post" aus Hannover mittheilt, wird dort ein von Georg Rex signirtes lithographirtes Cirkular an die hannoverschen Offiziere verbreitet, in welchem dieselbe gewarnt werden in preußische Dienste zu treten, da der entsetzte König im Frühjahr mit Heeresmacht zurückkehren und von seinem Throne wieder Besitz nehmen werde. Das Cirkular ist mit der bekannten Londoner Vignette versehen, bezeichnet aber als Drucker die Gerold'sche Offizin in Wien, welche den welfischen Pamphleten in der Regel dienstbar ist.

Ueber die Berufung des norddeutschen Parlaments zum 1. Februar enthält die „N. A. Z." folgende offiziöse Mittheilung: „Es hat deshalb ein so naher Termin von der Regierung bestimmt werden müssen, weil zu Anfang des Herbstes künftigen Jahres der preußische Landtag wieder zusammentreten muß, da am 1. Oktober die Vereinigung der neu erworbenen Provinzen mit dem preußischen Staatskörper durch den Zusammentritt einer gemeinsamen Landesvertretung einen staatsrechtlichen Ausdruck zu finden hat. Damit dieser Staatsakt ohne Hemmung erfolgen kann, muß das norddeutsche Parlament seine Arbeiten, welche wegen der Berathung des Verfassungsentwurfes, der Geschäftsordnung und andere Angelegenheiten umfangreicher Art sind, beschlossen haben. Ein näherer Termin als der 1. Februar k. J. würde noch erwünschter gewesen sein; derselbe konnte aber wegen des erst am 21. v. M. erfolgten Vertrages zwischen Preußen und Sachsen, dessen Ratifikation am 25. v. M. stattfand, wegen der Vorarbeiten für den Verfassungsentwurf des norddeutschen Bundes, der Vorbereitungen für die Wahlen besonders wegen der Feststellung der Wahlkreise und Aufstellung der Wählerlisten, die nach § 10 des Wahlgesetzes vier Wochen vor

dem Wahltage zur Kenntnißnahme öffentlich ausgelegt sein müssen, nicht früher anberaumt werden. Es wird schon jetzt die angestrengteste Thätigkeit der bei den Vorbereitungen für den Zusammentritt des Parlaments betheiligten Regierungen erfordern, damit am 1. Februar künftigen Jahres die Eröffnung stattfinden kann. Es ist uns angenehm, mittheilen zu können, daß seit dem 21. d. M. bereits von mehreren Bundesgenossen Erklärungen vorliegen, daß die Parlamentswahlen bis zum 1. Februar k. J. erfolgt sein werden."

Wie die „N. A. Ztg." mittheilt, sind auf die Einladung der preußischen Regierung wegen Eröffnung der Berathungen über den dem norddeutschen Parlament vorzulegenden Verfassungs-Entwurf und wegen des Termins für die Einberufung des Parlaments bereits von vier Regierungen zustimmende Antworten hier eingegangen.

Dresden, 30. Nov. Einige noch bestehende Differenzen zwischen Preußen und Sachsen über den Friedensvertrag sind dadurch erledigt, daß Sachsen seine Ansprüche fallen läßt. Die Mission des Herrn von Wurmb ist beendigt.

Oesterreich.

Wien. Einige Blätter enthalten Nachrichten, nach welchen Galizien sich in voller Gährung befindet. Die österreichische Regierung beabsichtigt angeblich Truppenmassen in das Land zu werfen. Von russischer Seite wird zwar geleugnet, daß russische Truppen sich der galizischen Grenze nähern, doch versichert die „Pos. Ztg.", es sei Thatsache, daß das Königreich Polen eines Theils seiner Truppen entblößt wurde, welche nicht in das Innere Rußlands geschickt wären.

In Wien scheint man in Folge der neuesten Rüstungen Rußlands eine Störung des europäischen Friedens von Osten her zu fürchten, doch tröstet man sich damit, daß darüber geraume Zeit hingehen, und Rußland bei etwaigen Expansionsgelüsten auf entschiedene Gegner treffen werde, wenn auch früher oder später doch eine Collision zwischen Oesterreich und Rußland unvermeidlich sein dürfte.

Rußland.

Petersburg, 30. Novbr. Der hiesige preußische Gesandte, Graf Redern, hat vorgestern dem Kaiser sein Abberufungsschreiben überreicht.

Lokales und Provinzielles.

Inowraclaw. Wie wir hören, beabsichtigt Herr Kämmerer Urban vom 1. Januar k. J. ab die Verwaltung der Kämmereikasse aus Gesundheitsrücksichten niederzulegen.

— In Folge einer Beschwerde des Herrn Bataillons-Commandeurs hat der Magistrat Veranlassung genommen, die hiesigen Besitzer von Wohnhäusern aufzufordern, ihre Wohngebäude mit Hausnummern zu versehen.

— Das Leichengefolge bei der Bestattung des verstorbenen Kaufmannes Th. Wituski war, wie zu erwarten stand, ein sehr zahlreicher. Aus allen Schichten der Bevölkerung der Stadt und Umgegend waren Leute herbeigeeilt, um dem Dahingeschiedenen die letzte Ehre zu erweisen. In der katholischen Kirche sprach Hr. Vicarius Gärsztka mit vor Thränen erstickter Stimme über die Vorzüge des Verblichenen und den Verlust, den die Familie und die Menschheit im Allgemeinen durch den Tod dieses Biedermannes erlitten hat.

— Welchen Chikanen und roher Behandlung selbst unbescholtene vollständig legitimirte Personen auf Reisen nach Rußland von den dortigen Behörden unter Umständen ausgesetzt sind, dürfte aufs Neue folgender Fall beweisen. Am 2. Oktober d. J. begab sich der Glasfabrikant Wilhelm Männich aus Schlesien auf den Weg nach Rußland, um dortselbst bei seinem Bruder, der eine Glasfabrik zu Sapolie im Gouvernement Nowgorod besitzt, ins Geschäft zu treten. Derselbe hat auf Anrathen des letzteren, dessen Etablissement isolirt in einer wilden unwirthbaren Gegend liegt, welche von Wild- und Raubthieren wimmelt, aber ohne irgend welche Kenntniß der russischen Gesetze ein Doppelgewehr mitgenommen, das bei der im Zollamte Wirwallen Seitens der russischen Beamten vorgenommenen Revision seiner Reiseeffecten gefunden wurde. Dieser Umstand hat seine sofortige Verhaftung zur Folge, obgleich er den oben genannten Grund für die Mitnahme der Waffe angab, sich auch erbot, diese zurückzuschicken. Alle seine Einwendungen waren indeß vergeblich; vielmehr nahm man ihm sein Geld ab und brachte ihn, nachdem er zuvor zur Unterschrift eines in russischer Sprache abgefaßten Protokolls gezwungen war, nach der Festung Kalwarth, woselbst er ohne Verhör bis zu dieser Stunde gleich einem gemeinen Verbrecher gefangen gehalten wird. Der junge Mann befindet sich im Besitze der besten Zeugnisse; sein Paß ist vorschriftsmäßig in Hirschberg ausgestellt und von der kaiserlich russischen Gesandschaft in Berlin visirt. Mehrere Schreiben, welche er aus seiner Gefangenschaft an seine Mutter und an seinen Bruder gerichtet, sind bis jetzt unbeantwortet geblieben, woraus wohl hervorgeht, daß sie nicht an ihre Adresse gelangt sind. Indem wir noch bemerken, daß wir diese Mittheilung einem Gutsbesitzer jener Gegend verdanken, der den Unglücklichen persönlich kennt, ihn im Gefängnisse besucht hat und gegenwärtig seine Befreiung zu erwirken bemüht ist, können wir nicht umhin, jedem, der sich zu einer Reise nach Rußland entschließt, die größte Vorsicht in der Wahl seiner Reiseeffecten zu empfehlen.

Briefkasten.

Sehr geehrter Herr Redakteur! Ein merkwürdiger literarischer Fund, den ich neulich zu machen das Glück hatte, giebt mir Anlaß, Sie um gütige Auskunft zu bitten. Wie wohl jeder Mensch habe auch ich mein Steckenpferd, und Sie wissen ja, was Sterne in Bezug hierauf sagt: de gustibus non est disputandum. Meine Liebhaberei erstreckt sich auf Autographen, und ich sammle mit besonderer Freude solche, die von Classikern herrühren. Mir wurde nun ein vergilbtes Blatt, auf dem folgendes Gedicht in schönen, kräftigen Zügen verzeichnet ist, zum Kauf angeboten.

Nur wer „Jung-Breslau" kennt,
Weiß, was ich leide!
Zufällig angerennt
Auf einer Seite,
Als ich mich umgewandt,
Stolpr' ich und gleite — — —

Ach! wer kein Glatteis kennt,
Hat seine Freude!
Es schwindelt mir, mir brennt
Die ganze Seite!!
Nur wer „Jung-Breslau" kennt,
Weiß, was ich leide!

Ihnen ist doch wohl das ganz ähnlich lautende Gedicht Göthe's im 4. Buche von Wilh. Meisters Lehrjahren bekannt. Die Aehnlichkeit in der Form sowohl wie in der Schrift bringt mich auf die Vermuthung, daß die Verse von Ihrem größten Dichter herrühren möchten, und der merkwürdige Ausdruck des Schmerzes in den weiblichen Reimen bestärkt mich nur darin. Leider fand ich nirgend die Notiz, daß er Ihren Ort gekannt hätte; möglich wäre es wohl, und meine Conjectur basirt darauf, daß er, nach eigenem Geständniß, gern vergleichungsweise sprach. Seiner aus Erfahrung entspringenden Imaginationskraft bot sich kein bestimmter bezeichnendes Bild für einen in jenem Zustande besonders schrecklichen Ort als der Ausdruck: Jung-Breslau.

Belieben Sie mich wissen zu lassen, ob bei Ihnen derzeit solche Unordnung war; die Stadtchronik wird es wohl melden. Genehmigen Sie etc.

Lord John Bull of Chorthorn.

(Antwort). Edler Lord of Chorthorn. Wir gratuliren Ihnen zu Ihrem Funde, der sich nach Beseitigung des letzten Zweifels als echt erweisen muß. Uns ist er benommen. Nicht nur im 18. Jahrhundert producirten wir solch' zur Umsturz-Partei neigendes Glatteis; Sie können versichert sein, daß, wenn Sie sich die Mühe nähmen, sich per Telegraph herspediren zu lassen, Sie auch heute Ihre Beine brechen können. Sie würden Ihr blaues Wunder sehen! Wir finden keinen Ausdruck der Freude, daß der Dichter in seinen unsterblichen Werken auch unseres Städtchens, wenn auch in wenig schmeichelhafter Weise, gedenkt. Abdera verjüngt sich ewig wie der Phönix. Genehmigen Sie rc.

Die Redakt. d. Kujaw. Wochenbl.

Anzeigen.

Auktion.

Am 5. December cr. Mittags 12 Uhr

werde ich im Büreau des Exekutions-Inspektors hierselbst die in der hiesigen Synagoge (im Herrentempel) befindliche **Sitzbank Nr. 227, verschiedene Möbel, Bekleidungs- und andere Gegenstände und circa 37 Aexte und Beile** meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Inowraclaw, den 26. November 1866.

Hildenbrandt,
als Auktions-Kommissarius.

Auktion.

Im Auftrage des Königl. Kreis-Gerichts hierselbst werde ich

am 6. Dezember cr. Vormittags 11 Uhr

in Michalowo bei Gniewkowo **30 zweijährige Hammel, 1 Stärke, 3 Kühe, 1 Fohlen, 1 zweispännige Dreschmaschine, verschiedene Möbel und Betten etc.** meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkaufen.

Inowraclaw, den 28. November 1866.

Hildenbrandt,
als Auktions-Kommissarius.

Ausverkauf.

Wegen Aufgabe meines **Confections-Geschäfts** verkaufe ich:

Düffelmäntel und Paletots von 5 bis 20 Thlr.
Düffeljacken von 1¼ bis 4 Thlr.

in sehr guter Qualität.

Levin Chaskel, in Inowraclaw.

Zu Weihnachtsgeschenken

empfehle mein gut assortirtes Lager

Kleiderstoffe,

ferner ächte leinene Schürzen in bester Qualität zu **sehr billigen** Preisen.

Levin Chaskel, in Inowraclaw.

Leinwand

in vorzüglichster Qualität, für deren Haltbarkeit garantire, empfiehlt zu Fabrik-Preisen

Levin Chaskel, in Inowraclaw.

!! Ausverkauf !!

Wegen Aufgabe unseres **Manufactur-Engros- und Detail-Lagers** haben wir die Preise sämmtlicher Artikel, um schnellstens damit zu räumen, bedeutend herabgesetzt.

MARTIN MICHALSKI & Co.

in Inwraclaw, Breite-Straße.

Billiger Ausverkauf.

Düffelmäntel, Paletots u. Jacken verkaufe ich, um damit schnell zu räumen, zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Tania wyprzedaż.

Płaszcze dyflowe, paletoty i kaftaniki sprzedaję dla prędkiego pozbycia po znacznie zniżonych cenach.

in Inowraclaw. **J. Gottschalk's Wwe,** w Inowrocławiu.

Männerturn-Verein.

Im Balling'schen Lokale.

Mittwoch, den 5. Dezbr., 8 Uhr Abds.

Vortrag des Herrn Dr. v. Golenski „Aus der Literaturgeschichte" (Forts.)

Gäste einzuführen ist gestattet, doch müssen diese dem Vorstande vorgestellt werden. Zugleich ist den Mitgliedern freigestellt, ihre Familie mitzubringen.

Der Vorstand.

Kgl. Pr. Lotterie-Loose

zur bevorstehenden 1. Kl. am 9. und 10. Januar k. J. 1/1 15 Rt. 1/2 7 Rt. 15 Sgr. 1/4 4 Rt. 1/8 2 Rt. 1/16 1 Rt. 1/32 15 Sgr. 1/64 7½ Sgr. verkauft und versendet **alles auf gedruckten Antheilscheinen** gegen Postvorschuß oder Einsendung des Betrages

Wolff H. Kalischer,
440. Breitestr. **Thorn.** 440.

Schweizer Absynth.
Wallnüsse.
Stearin- u. Paraffinkerzen, sowie
Hoff'sche Malzfabrikate
empfehlen M. Meumann Soehne.

Wegen Aufgabe meines Geschäfts und Verlassens des hiesigen Ortes ersuche ich meine Schuldner freundlichst, ihre Contis recht baldigst ausgleichen zu wollen.

A. Balling.

Bairisch Bier

in ½ Gebinden empfiehlt

Adolph J. Schmul.

Gutes Bairisches Bier

empfiehlt Raphael Schmul,
in Pakość.



Ein Hühnerhund hat sich eingefunden. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Bairisches Bier,

beste Sorte, ist jederzeit von 1/8 bis 1/1 Tonne zu haben bei **Salomon Peritz.**

Bestes Petroleum

das Pfund mit 3 Sgr. 8 Pf. empfiehlt

Alexander Heymann.

Ein Lehrling

kann vom 1. Januar oder zum 1. April 1867 in mein Destillationsgeschäft eintreten.

C. Güldenhaupt.

Einen Lehrling

sucht für seine Bäckerei

Eduard Blum,
Bäckermeister in Pakość.

Handelsbericht.

Inowraclaw, den 1. Dezember.

Man notirt für

Frischer Weizen 125—128pf. bunt 66—70 Thlr. 128—130pf. hellbunt 71—74 Thlr. feine schwere Sorten über Notiz.

Roggen: 122—125pf. 47 bis 48 Thl.
Erbsen: 46—50 Thl.
Gerste: gr 40—42 Thl.,
Hafer 24 Thl. pr. 1200 Pfd.
Kartoffeln 10 Sgr. pro Scheffel

Getreide-Durchschnittspreis
in der Kreisstadt Inowraclaw.
(Nach amtlicher Notirung)
Monat November.

		Thl.	Sgr.	Pf.
Weizen.	pro Scheffel.	3	—	—
Roggen.	"	1	26	—
Gerste.	"	1	16	6
Hafer.	"	1	1	—
Erbsen.	"	1	26	6
Kartoffeln.	"	—	14	—
Heu pro Centner		—	28	—
Stroh p. Schck. à 1200 Pfd.		7	17	—

Bromberg 1. Dezember.

Weizen, frischer 124—128pf. holl. 68—73 Thlr. 129—130pf. holl. 75—78 Thlr.

Roggen 122—125pf. holl. 51—52 Thl.,

Erbsen Futter 41—43 Thl. Kocherbsen 54—58 Thlr.

Gr.-Gerste 41—43 Thl. feinste Qualität 1—2 Thlr. über Notiz.

Hafer 25 30 Sgr. pro Scheffel

Spiritus ohne Zufuhr.

Preis-Courant
der Mühlen-Administration zu Bromberg
v. 1. Dezember.

Benennung der Fabrikate.	Unversteuert pr. 100 Pfd.			Versteuert pr. 100 Pfd.		
	Rt.	Sgr.	Pf.	Rt.	Sgr.	Pf.
Weizen-Mehl Nr. 1	5	26	—	6	27	—
" " " 2	5	14	—	6	15	—
" " " 3	3	28	—	—	—	—
Futtermehl	1	24	—	1	24	—
Kleie	1	6	—	1	6	—
Roggen-Mehl Nr. 1	4	10	—	4	16	—
" " " 2	4	—	—	4	7	—
" " " 3	3	4	—	—	—	—
Gemengt-Mehl (hausbacken)	3	26	—	4	3	—
Schrot	3	—	—	3	5	—
Futtermehl	1	24	—	1	24	—
Kleie	1	16	—	1	16	—
Graupe Nr. 1	8	20	—	9	3	—
" " 3	7	2	—	7	15	—
" " 5	4	8	—	4	21	—
Grütze Nr. 1	5	10	—	5	28	—
" " 2	4	22	—	5	5	—
Kochmehl	3	10	—	—	—	—
Futtermehl	1	22	—	1	22	—

Thorn. Agio des russisch-polnischen Geldes. Polnisch Papier 123⅓ pCt. Russisch Papier 123 pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß Courant 11—12 pCt.

Berlin. 1. Dezember.

Roggen flau loco 57¼ bez.
November 56½ Nov.-Dez. 54⅜ bez. Frühjahr 54⅜ bez.
Spiritus; loco 16 7/12 bez. November 16 5/12 bez. April-Mai 16⅞ bez.
Rüböl: Nov. 12½ bez. April-Mai 12 9/12 bez.
Posener neue 4% Pfandbriefe 88½ bez.
Amerikanische 6% Anleihe p. 1882. 75⅝ bez.
Russische Banknoten 81 bez.
Staatsschuldscheine 85¾ bez.

Danzig, 1. Dezember.
Weizen Stimmung: unveränd. — Umsatz 200 L.

Druck und Verlag von Hermann Engel in Inowraclaw.